

**Herrn  
Michael Kellner MdB, Generalsekretär  
Geschäftsstelle Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Platz vor dem Neuen Tor 1  
10115 Berlin**

Mannheim, den 18.10.2021

Koalitionsvertrag SPD / Bündnis/90DIE GRÜNEN / FDP

Sehr geehrter Herr Kellner,

die „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ (IEDF) hatte den Parteien aus Anlass der Bundestagswahl Fragen zu ihren politischen Positionen gestellt (Wahlprüfsteine 2021).

Frage 3 lautet:

*„Kann Ihre Partei gewährleisten, dass der Konflikt „DDR-Altübersiedler und deren vom 12. Bundestag als damaligem Gesetzgeber nicht legitimierte Einbeziehung in die Rentenüberleitung“ zum Gegenstand von fairen und belastbaren Koalitionsvereinbarungen der 20. Legislaturperiode wird?“*

Das Thema „DDR-Altübersiedler und deren vom Gesetzgeber nicht legitimierte rückwirkende und nachträgliche Einbeziehung in die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR“ ist Ihrer Partei seit langem bekannt.

Wir möchten in diesem Zusammenhang an die 17. Legislaturperiode erinnern, als Ihre Fraktion mit dem Antrag 17/6108 die Bundesregierung aufgefordert hatte, das zu Lasten der DDR-Flüchtlinge verletzte Recht wieder herzustellen. Die SPD-Fraktion hatte einen gleichlautenden Antrag gestellt.

Sie werden sich auch an den Antrag 18/ 7699 erinnern, mit dem Ihre Fraktion zusammen mit der Fraktion der Linken die Dringlichkeit einer Lösung angemahnt hat.

Es sei auch an das von allen Fraktionen getragene Votum des 17. Bundestages zu der Sammelpetition Pet. 3-16-11-8222-015348 erinnert, das die gleiche Zielrichtung hatte.

Ihre Fraktion hat in den vergangenen Legislaturperioden dankenswerterweise eine klare Position zu dem o. g. Thema bezogen. Diese haben Sie in Ihrer Antwort auf die Wahlprüfsteine der IEDF erfreulicherweise noch einmal sehr deutlich gemacht.

Wir sind Ihnen sehr dankbar, dass Sie in der Antwort auf die o. g. Frage 3 der Wahlprüfsteine zugesagt haben, dafür zu werben, dass das Thema im Koalitionsvertrag verankert wird.

Die von UOKG, VOS und IEDF im April 2018 eingereichte Beschwerde Pet. 3-19-11-8222-006233 „*Beschwerde über die Nichteinhaltung der Festlegungen zum Rentenrecht in den beiden Staatsverträgen mit der DDR*“ macht noch mehr als die vorherigen Initiativen deutlich, dass es hier nicht um eine Ermessensfrage, sondern, wie es ein namhafter Verfassungsrechtler einmal formuliert hat, um ein evidentes Rechtsstaatsproblem geht.

Sie bietet die inhaltliche Grundlage für eine sachliche Befassung.

Die jetzt vorhandenen Mehrheitsverhältnisse bieten die Möglichkeit, endlich die bisherige Blockade zu überwinden und damit gleichzeitig die über mehrere Legislaturperioden verwaltete politische Demütigung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge zu tilgen.

Mit freundlichem Gruß,



Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß  
Vorsitzender IEDF